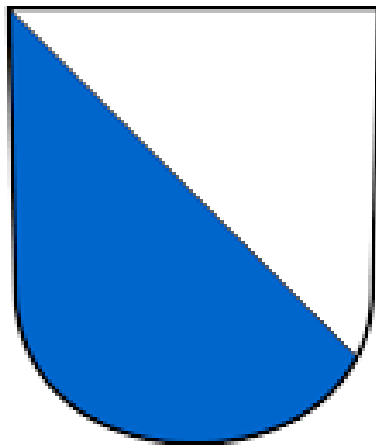


# **Rückblick auf die Zürcher Lokalpolitik**

**Zusammenfassung der wichtigsten Pressemeldungen**



**1. Hälfte Oktober 2022**

#### 4. Oktober

Im Februar 2019 lehnte das Züricher Stimmvolk die erste Version des Wassergesetzes ab, da eine mögliche Teilprivatisierung der Wasserwerke nicht goutiert wurde. Jetzt, in der zweiten Version, ist diese Möglichkeit weg. Dafür wird bei der Wasserstrategie explizit erwähnt, dass der «Schutz der Gewässer vor Einträgen aus der Landwirtschaft» steht. Diese Formulierung blieb im Gesetzesentwurf stehen obschon sich die Rechte im Parlament dagegen wehrte. Sie verlor mit 85 gegen 84 Stimmen. Zur zweiten Konfrontation kam es beim Festlegen des Landstreifens entlang von Gewässern, wo weder Dünger noch Pflanzenschutzmittel erlaubt sind. Die Regierung will diesen Landstreifen nicht im Gesetz vermassen wissen, sondern von Fall zu Fall den Gegebenheiten entsprechend festlegen. Diesmal gewann der grüne Baudirektor mit 86 gegen 84 Stimmen. Bei der Revitalisierung von Gewässern wollte die SVP im Gesetz festgehalten wissen, dass der Verlust von Fruchtfolgeflächen «nach Möglichkeit» zu vermeiden sein. Auch hier unterlag sie mit 87 zu 82 Stimmen. Nach der zweiten Lesung dieses Gesetzes will die SVP entscheiden, ob sie das Referendum ergreifen will.

#### 5. Oktober

Von den Zuständen im Asyl-Jugendheim in Affoltern am Albis war in letzter Zeit oft die Rede. Geführt wird das Heim von der Asylorganisation Zürich, die der Stadt Zürich gehört, und dies, im Auftrag des Kantons Zürich. Diese Konstellation erlaubte in der Vergangenheit schon reichlich oft, die Verantwortung zwischen Kanton und Stadt hin und her zu schieben. Nun wurde ein vom kantonalen Sozialamt, das zur Sicherheitsdirektion gehört, in Auftrag gegebenen Aufsichtsbericht, der von der Firma Schiess erarbeitet wurde, veröffentlicht. Er ist kein Ruhmesblatt für die Asylorganisation, aber auch nicht für das kantonale Sozialamt. Da wurden in einem Heim, das für maximal 40 bis 45 Jugendliche geeignet sei, 90 Jugendliche hineingezwängt. Die sanitären Anlagen und die Küchen in den Wohneinheiten seien «rudimentär eingerichtet». Das Personal wird auf die ausserordentlich fordernde Aufgabe der Betreuung dieser Jugendlichen «nicht fundiert in die Aufgaben und das Tätigkeitsfeld eingearbeitet», heisst es im Bericht. Moniert wird auch die schlechte Zusammenarbeit zwischen dem kantonalen Sozialamt und dem Amt für Jugend und Berufsberatung der Erziehungsdirektion. Es fehle «ein gemeinsames Verständnis der Aufgaben und Kompetenzen der jeweils anderen Stellen». Und so weiter! Der Kanton zielt sich etwa, immerhin will er die Belegung auf 60 Jugendliche reduzieren. Warum nicht auf 40 bis 45? Ungewohnt selbstkritisch reagiert die AOZ. Sie anerkennt den dringenden Handlungsbedarf. Man habe auf kritische Rückmeldungen ungenügend reagiert. Verbesserungen dürften allerdings erst im Jahre 2023 wirksam werden.

Das Budget für das Jahr 2023 der Stadt Winterthur sieht wieder eine rote Null vor. Bei Ausgaben von rund 1,6 Milliarden Franken ist ein Minus von 2,5 Millionen vorgesehen. Eine Steuerfusserhöhung ist nicht vorgesehen.

Eine SVP-Nationalrätin hat Probleme mit einer gendergerechten Sprache. Sie hat deshalb im Nationalrat eine parlamentarische Initiative eingereicht, wonach ein Gesetz ausgearbeitet werden soll, das «Gendern an Hochschulen und Forschungsanstalten des Bundes» verbietet.

#### 6. Oktober

Der gross angelegte Versuch der psychiatrischen Universitätsklinik und der Stadt Zürich, der die Auswirkungen auf die Gesundheit bei regelmässigem Cannabiskonsums untersuchen soll, verzögert sich um mehr als ein halbes Jahr. Die kantonale Ethikkommission hat zwar ihre Bewilligung erteilt, aber jene vom BAG (Bundesamt für Gesundheit) steht noch aus. Die Verzögerung sei unter anderem auf die «hohe Komplexität des Projektes mit unterschiedlichen Bezugsstellen» zurückzuführen.

Der Gemeinderat hat mit 57 zu 51 Stimmen einer Motion an den Stadtrat mit der Forderung, das städtische Personalrecht sei dahin gehend zu ergänzen, dass Schwangere Frauen zusätzlich zum nachgeburtliche 16-Wöchigen Mutterschaftsurlaub einen vorgeburtlichen Urlaub von drei Wochen beziehen können, zugestimmt. Die SVP war gegen die Motion, mit der Begründung, das sei Bundessache. Der Vorstoss führe zu einer Diskriminierung all jener Frauen, die nicht bei der Stadt Zürich angestellt seien.

Verständigung zwischen der Stadt, den Kitas und den Gewerkschaften in der Stadt Zürich. Ab Januar 2023 soll der Normkostensatz der unterstützen, vorschulischen Betreuungsverhältnisse 131.20 Franken betragen, was einer Erhöhung um gut 23.10 Franken entspricht. Davon bilden sieben Franken eine Senkung der Normalauslastung auf 85 Prozent ab, und 3.20 Franken einen Teuerungsausgleich in der Höhe von 2,5 Prozent. Parallel dazu werden die Mindestlohnvorgaben um denselben Prozentsatz erhöht. In Zukunft soll der Teuerungsausgleich um die effektive Teuerung gewährt werden, im Jahre 2023 zusätzlich um die 2022 nicht voll gewährte Teuerung. Für Realloohnerhöhungen werden drei Millionen zur Verfügung gestellt und weitere zwei Millionen für Qualitätsprojekte. Im Jahre 2023 wird ein Dialog zwischen den Kita's und dem VPOD zwecks Vereinbarung eines Gesamtarbeitsvertrages aufgenommen.

#### 7. Oktober

Eine koreanische Investoren-Gruppe wollte vom norwegischen Staatsfonds den Uetlihof, der von der CS mit einem langfristigen Mietvertrag belegt wird, kaufen. Jetzt haben sich die Käufer zurückgezogen. Die Stadt Zürich wollte auch Käuferin sein, aber der Gemeinderat verweigerte den nötigen Kredit. Die Chance, dass die Bank den Vertrag auch bis zum Ende erfüllt und zahlt, wird auf höchstens 50 Prozent geschätzt. Der Ruf der CS leidet unter dieser Situation.

Die Bildungsdirektion ist verantwortlich für die Erteilung von Stipendien. Im Moment sind rund 7'000 Gesuche hängig. Es betrifft dies hauptsächlich Lehrlinge, die auf ihr Geld warten und dies schon monatelang. Eine Vielzahl von Gesuchen wurde noch im Jahre 2021 eingereicht. Es ist dies ein offensichtlicher Affront diesen jungen Menschen gegenüber, die das Geld ja eigentlich zum Leben brauchen würden. Offensichtlich ist dies für die Erziehungsdirektorin nicht von Bedeutung.

#### 8. Oktober

Der Baudirektor stellt sein Programm für die Nutzung von Windenergie im Kanton vor. Er hat 46 Standorte im Kanton ausgemacht, die sich für die Erstellung von Windturbinen eignen. Diese Turbinen sollen je nach Gelände 160 oder 220 Meter hoch sein. Im besten Fall sollen sieben Prozent der kantonalen Energieproduktion durch Windenergie geschehen, was immerhin dem Stromverbrauch von 170'000 Haushalten entspricht. Da heute ein Bewilligungsverfahren für die Erstellung von Windturbinen schnell einmal zehn und mehr Jahre dauern kann, will der Baudirektor das Bewilligungsverfahren für Windenergie durch eine Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes beschleunigen. Dazu braucht es ein Ja der Stimmbevölkerung.

#### 10. Oktober

«Renovate Switzerland» ist eine Bewegung des «zivilen Widerstandes». Sie will, dass alle Gebäude in der Schweiz saniert werden. Derzeit seien eine «Million Häuser dringend renovationsbedürftig». Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, hat sich eine Hand voll Klimaaktivist\*innen am Samstagnachmittag auf der Hardbrücke auf den Boden gesetzt und den Verkehr inklusive ÖV in beiden Richtungen unterbrochen. Die alsbald anrückende Polizei hat die Brücke gesperrt und den Verkehr umgeleitet. Dann gab sie den Aktivist\*innen drei Minuten Zeit um die Blockade zu beenden. Anschliessend wurden sie in Handschellen gelegt und weggetragen. Allerdings hatten zwei Frauen ihre Handflächen

mit Sekundenkleber am Asphalt festgeklebt, weshalb die Polizei auch Ambulanz und Feuerwehr aufbot.

#### 11. Oktober

Aus Baden wird berichtet, dass das Hotel Raben, dem ältesten urkundlich verbrieften Badener Badhotel, von einer Genossenschaft übernommen worden ist, die aus dem Raben wieder ein Badhotel machen will. Das Baderlebnis soll demokratisiert werden, und dies in Anbetracht der nahen Nachbarschaft mit dem Prunkbau von Mario Bottas Fortryseven. 1578 schrieb ein Basler Arzt: «Der Rappe (Raben) ist eine lustigen Herberge bey dem Fryen Bad gelegen, in welchem viel lustiger Gemach vorhanden ist.» Geht man zurück bis ins Jahr 1416 so kann man auch Giovanni Francesco Poggio Bracciolini, seines Zeichens Apostolischer Sekretär des Papstes, zitieren, der auf der Heimreise vom Konstanzer Konzil in Baden Station machte. Die Sitten und Gebräuche scheinen damals ziemlich locker gewesen zu sein. Poggio schreibt:» Sehr häufig kommt es vor, dass einem Manne eine halbnachte Frau begegnete oder einer Frau ein ganz nackter Mann.» Und weiter schreibt er: «Zudem glaube ich, dass dies der Ort ist, in dem die ersten erschaffenen Menschen lebten und den die Hebräer «Eden» nannten, mit einem Wort: der Garten der Lüste». Ob die Genossenschaft zum Raben dies als Vorbild für ihr Etablissement nehmen will?

#### 12. Oktober

Seit drei Monaten stand eine Liegenschaft an der Höneggerstrasse leer. Am 1. Oktober wurde sie von der «Familie Fleck» besetzt. Darauf stellte der Eigentümer Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruch. Jetzt ist die Polizei mit einem Grossaufgebot vor Ort erschienen, angeblich nur, um die Personalien der Besetzer\*innen festzustellen. Nur, die Familie «Fleck» war bereits ausgezogen...

Nun ja, Bildungsbürger\*innen interessieren sich für neue Bücher, für Musik, für Malerei, gehen in Galerien und, natürlich auch ins Theater. Sie lieben ihre Klassiker, sind aber auch offen für «spartenübergreifenden, transdisziplinären, inklusiven und intersektionalen Ansatz, der sowohl den Mitarbeitenden des Theaters als auch dem Publikum grösstmögliche Diversität hinsichtlich Alter, Gender und Herkunft sowie anderen Kategorien systemischer Diskriminierung ermöglicht». Zugegeben, das tönt doch sehr anspruchsvoll, aber den gekonnten Umgang mit Anspruchsvollem sollte ja Bildungsbürger\*innen auszeichnen. Nun gibt es aber ausser Bildungsbürger\*innen auch Spiessbürger\*innen. Zwei Exemplare des Letzteren, ihres Zeichens freisinnige Gemeinderäte haben da andere Vorstellungen. Für sie gilt Folgendes: «Das Schauspielhaus muss ein Programm anbieten, das ein breites Publikum anspricht und so auch Geld einbringt.» Das Schauspielhaus weist auf die zahlreichen Auszeichnungen und Einladungen an international renommierte Festivals hin. Spiessbürger\*innen und Künstler\*innen haben nicht immer das gleiche Verständnis von Kunst...

#### 13. Oktober

Das Magazin «Times Higher Education» erarbeitet jährlich ein Ranking der Hochschulen. Auf dem ersten Platz behauptet sich die Universität von Oxford. Als bestes kontinentaleuropäisches Institut kann sich die ETH Zürich feiern lassen, sie hat sich vom 15. auf den elften Platz verbessert. Die Uni Zürich dagegen verlor sieben Plätze und fungiert jetzt auf Platz 82. Asiatische Hochschulen haben stark aufgeholt, so belegen die beiden in Peking angesiedelten Universitäten, Tsinghua und Universität Peking Rang 16 und 17.

14. Oktober

Der Kanton subventioniert anerkannte Musikschulen neu mit rund zehn Prozent der Kosten und gibt damit elf Millionen Franken mehr aus. Bisher betrug die Subvention nur drei Prozent. Die Kosten für die musikalische Grundausbildung in der Primarschule werden von den Gemeinden getragen. Daneben gibt es Stufen Förderungsprogramme und Studiumsvorbereitungen.

15. Oktober

Schon wieder haben Aktivist\*innen von Renovate Switzerland eine Strasse blockiert, dieses Mal das Utoquai. Wieder haben sich Aktivist\*innen am Boden festgeklebt. Ihre Forderung: Alle Gebäude in der Schweiz müssen sofort thermisch saniert werden. Sie haben eine prominente Unterstützung erhalten: Eine Universitätsprofessorin und Mutter blockierte ihrerseits den Verkehr und spannte ein grosses Transparent auf, auf dem stand: Renovate Switzerland!